

Titel Inklusion auf dem Arbeitsmarkt verbessern

AntragstellerInnen Hamburg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Inklusion auf dem Arbeitsmarkt verbessern

1 Der Bundeskongress der Jusos Deutschland möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

2 **Forderung:**

3 Wir fordern die SPD dazu auf, sich für folgende Maßnahmen zur Inklusion im Arbeitsmarkt einzusetzen:

4 1. Die Ausgleichsabgabe für die Unterschreitung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung sollte
5 stark erhöht und die Einhaltung der Quote besser kontrolliert werden.

6 2. Die Beschäftigungsquote sollte statt der bisher statischen 5% dynamisch an den Anteil schwerbehinderter
7 Menschen an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter angepasst werden.

8 3. Unternehmen, die nicht nach Tarif bezahlen, sollten von der Förderung im Rahmen des Budgets für Arbeit
9 ausgeschlossen werden.

10 *Begründung*

11 **Begründung:**

12 Viele Unternehmen möchten keine Menschen mit Behinderung einstellen, sei es aus Angst, aufgrund von Vorurteilen
13 oder weil wirtschaftliche Bedenken überwiegen.

14 Bereits jetzt müssen Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter*innen eine Schwerbehindertenquote von 5% erfüllen.
15 Viele Unternehmen erfüllen selbst diese Quote nicht. Für diese Unternehmen sollte die zu entrichtende Ausgleichs-
16 abgabe deutlich erhöht werden. Damit soll verhindert werden, dass eine Abgabe für Unternehmen wirtschaftlich
17 rentabler ist als die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Es darf für Unternehmen, die ihrer Inklusions-
18 pflicht nachkommen und diese vorbildlich ausüben, nicht den Anschein erwecken, dass andere Unternehmen sich
19 für einen geringen Betrag von dieser gesellschaftlichen Pflicht freikaufen dürfen.

20 Weiterhin entspricht eine Quote von 5% nicht dem tatsächlichen Anteil schwerbehinderter Menschen im arbeitsfä-
21 higen Alter. Maßnahmen zur Inklusion sollten das Ziel haben, gesellschaftliche Gruppen angemessen abzubilden,
22 daher sollte die Quote auch diesem Anteil (aktuell etwas über 6%) entsprechen.

23 Unternehmen die nicht nach Tarif bezahlen, sollen vom Budget für Arbeit ausgeschlossen werden. Diese Regelung
24 soll verhindern, dass Menschen mit Behinderung mit Mindestlohn abgespeist werden und nur als billige Arbeitskräfte
25 angesehen werden. Unternehmen sollten nicht dafür gefördert werden, dem Minimum ihrer gesetzlichen Pflicht
26 nachzukommen.